

Arndt G. Kirchhoff: »Mit Zuversicht in den Aufschwung«



Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses. Foto: BDI

Die Belegung der Weltwirtschaft hält an. Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind gut – trotz latenter Risiken. Der BDI geht weiterhin davon aus, dass ein Wachstum in Deutschland in diesem Jahr von zwei Prozent erreichbar ist.

Die jüngste Erhebung des BDI-Mittelstandspanels bestätigt das: Die Befragten gehen von einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung aus. Das gilt allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Erstens: Dass es keine Rückschläge in der weltwirtschaftlichen Entwicklung gibt. Zweitens: Dass eine flächendeckende Kreditklemme ausbleibt. Und drittens: Dass die Energie- und Rohstoffpreise im kalkulierbaren Rahmen bleiben. Das BDI-Mittelstandspanel dokumentiert: Ein

Stimmungsplus zeigen vor allem die Unternehmen, die exportorientiert sind. Ihnen gelang es schneller aus dem Tal herauszukommen als jenen, die rein binnenmarktorientiert sind. Wer – wie Deutschland – über eine starke, breit gefächerte mittelständische Industriestruktur verfügt, die international sehr wettbewerbsfähig ist, hat eine gute Ausgangsposition für den Aufschwung.

Das ist eine gute Nachricht. Nicht nur für Deutschland. Denn in deutschen Exporten steckt ein steigender Anteil ausländischer Vorleistungen. Deutschland ist »Import-Europameister«. Der Löwenanteil der deutschen Importe, nämlich 71 Prozent stammt aus Europa. Die Überschüsse sind Ausdruck der Stärke deutscher Unternehmen auf den Weltmärk-

ten. Die Politik tut gut daran, an diesen Stärken anzuknüpfen. Das von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle vorgelegte Konzept einer Außenwirtschaftsoffensive geht in die richtige Richtung. Wir Mittelständler begrüßen ausdrücklich die angekündigte Weiterentwicklung des Hermes-Instrumentariums.

Die zweite Voraussetzung für ein zwei-prozentiges Wachstum ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung der Unternehmen. Wir – und damit meine ich Banken, Förderinstitutionen, Politik und Unternehmen – müssen alles daran setzen, dass es im Aufschwung nicht zu Finanzierungsengpässen kommt. Darin liegt auch der schwierige Balanceakt für die angestrebte Finanzmarktregulierung. Eine stärkere Regulierung ist ohne Zweifel erforderlich. Sie darf aber nicht dazu führen, dass die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu restriktiv wird.

Die dritte Voraussetzung für Wachstum ist die Verfügbarkeit von Energie und Rohstoffen. Der zunehmende, industriepolitisch motivierte Einsatz von Handelsbeschränkungen und Wettbewerbsverzerrungen seitens bedeutender Rohstoff-Förderländer schadet der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Wir begrüßen deshalb sehr, dass der Bundeswirtschaftsminister angekündigt hat, eine ganzheitliche Rohstoffstrategie zu entwickeln, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

Spezial

Zukunftstrends für den Mittelstand

Mit Innovationen Wachstumschancen nutzen

>> Seite 15

Interview

Drei Fragen an Sabine Herold, geschäftsführende Gesellschafterin von DELO

>> Seite 16

Inhaltsverzeichnis

	BDI-Mittelstandspanel		Rohstoffe
	Innovationen		Elektromobilität
	Gemeindefinanzreform		CSR
	Bilanzierung		Außenwirtschaft
	Digitale Agenda		Kroatien
	Energie		Insolvenzrecht

BDI-Mittelstandspanel

Zeichen stehen auf Erholung

Zwei Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise schätzen die mittelständischen Industrieunternehmen ihre Wirtschaftslage positiver als noch im vergangenen Herbst ein. Die Zeichen für den weiteren Jahresverlauf stehen auf Erholung. Das ist ein zentrales Ergebnis der jüngsten Umfrage des BDI-Mittelstandspanels 2010. Weiterhin sind folgende Themen vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) abgefragt worden: Umsatz und Beschäftigung, Entwicklung von Rendite und Investitionen sowie Einschätzung der Finanzierungsbedingungen.



Stimmungsbarometer des deutschen Mittelstandes: das Mittelstandspanel. Foto: BDI

Schlechte Noten für Koalition

Der weltweite Abschwung ist zum Jahreswechsel 2009/10 abgeklungen. Die bedeutenden Volkswirtschaften nehmen langsam wieder Fahrt auf. Die Talsohle der deutschen Wirtschaft ist durchschritten. Mit einem erwarteten Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent für das Jahr 2010 lässt sich das Vorkrisenniveau vor 2013 nicht erreichen. Die Regierungskoalition konnte in der Unternehmensbefragung von der konjunkturellen Erholung kaum profitieren. 90 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass in naher Zukunft keine wesentlichen wirtschaftspolitischen Verbesserungen umgesetzt werden. Für die in Zukunft notwendige Sanierung der Haushalte, sieht die klare Mehrheit der Unternehmer keinen Spielraum mehr für kreditfinanzierte Reformen.

Als wichtigstes politisches Handlungsfeld betrachtet die mittelständische Industrie die Haushaltskonsolidierung. Dabei befürwortet eine Mehrheit von 83 Prozent eine Kürzung der Staatsausgaben zur Konsolidierung der Staatsausgaben. Aus Sicht von 54 Prozent der Industrieunternehmen ist eine Stimulierung des Wachstums durch investive Ausgaben des Staates sinnvoll.

Deutscher Arbeitsmarkt zeigt sich robust

Das Jahr 2009 war für die meisten deutschen Industrieunternehmen das schwärzeste Jahr in ihrer Bilanzgeschichte. Während das Verarbeitende Gewerbe, laut Statistischem Bundesamt, einen Umsatzeinbruch von 17 Prozent erlitt, sank der Aus-

landsatz um über 20 Prozent. In der Breite der Unternehmen mussten sechs von zehn Unternehmen Umsatzeinbrüche hinnehmen. Nur jedes Zehnte konnte seine Umsätze um mehr als 20 Prozent steigern.

Die Bewältigung der Krise wird im internationalen Kontext mit Erstaunen betrachtet, da die Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote eher moderat ausfallen. Die Verlängerung der geförderten Kurzarbeit und der Wunsch vieler Unternehmer an qualifizierten Fachkräften festzuhalten, konnte eine Entlastung der Arbeitslosenquote bewirken, deren Anstieg um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent im Vorjahresvergleich geringer ausfiel als erwartet.

Noch keine Kreditklemme in Sicht

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen haben sich nach Meinung der Befragten nicht wesentlich verändert. Überdurchschnittlich häufig beurteilten die exportstarken sowie die Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten die Entwicklung ihres Finanzierungsumfelds im letzten Halbjahr positiv. Bei den kleineren Unternehmen kam es demgegenüber nur unterdurchschnittlich häufig zu einer Verbesserung.

Für 42,3 Prozent der Industrieunternehmen, die sich mit restriktiveren Finanzierungsbedingungen konfrontiert sehen, ist der Zugang zu Investitionskrediten immer noch versperrt. Eine flächendeckende Kreditklemme trat in der Erhebung jedoch nicht zu Tage.

Innovationen wird große Bedeutung beigemessen

Bei den meisten Industrieunternehmen sind die Investitionsausgaben um moderate fünf Prozent gesunken. Im Bereich der Neuentwicklung von Produkten kann der industrielle Mittelstand seine Stärken entfalten. Ein Mittel zur Förderung der Innovationsbereitschaft wäre eine steuerliche Entlastung auf Innovationsstätigkeit. Näheres hierzu finden Sie im Beitrag »Mit Innovationen aus der Krise«.

Das BDI-Mittelstandspanel wird im Auftrag von BDI, Ernst & Young und der IKB vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn seit 2005 durchgeführt. An der elften Erhebungswelle der Online-Befragung haben sich in der Zeit vom 23. Februar bis 31. Mai knapp 1.350 Unternehmen beteiligt.

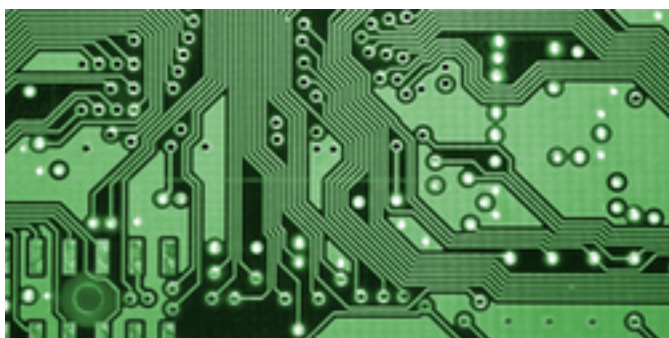
Eine Zusammenfassung der Ergebnisse ist *hier* abrufbar. Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Josef Düren/Robert Lehmköster
j.dueren@bdi.eu
r.lehmkoester@bdi.eu

Innovationen

Weisen Weg aus der Krise

Wie das BDI-Mittelstandspanel und die Unternehmensbefragung der KfW Bankengruppe übereinstimmend feststellen: Nach der stärksten Rezession der Nachkriegsgeschichte erfolgt die konjunkturelle Entspannung nur zögerlich. Die Folgen der weltweiten Finanzkrise haben auch die deutschen Mittelständler zu spüren bekommen. Gerade für sie gilt, sich den veränderten Marktbedingungen und der Dynamik des Innovationswettbewerbs anzupassen. Die Frühjahrserhebung des BDI-Mittelstandspanels ermittelte den hohen Stellenwert, den Innovationsmanagement für Unternehmen einnimmt.



Spitzentechnologie als Garant für den Standort Deutschland. Foto: BDI/fotolia (Michael Kempf)

Innovation ist Schlüssel für die Zukunft

Mittelständische Unternehmen müssen auch in Zukunft ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, mit innovativen Produkten auf den Märkten zu bestehen. Der Erfolg im Wettbewerb um Ideen ist entscheidend. Davon hängt auch ab, wie schnell und wie nachhaltig die konjunkturelle Erholung und damit die Bewältigung der Krise für die deutsche Wirtschaft erfolgen wird.

Innovationsmanagement hat Zukunft

Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels bestätigen: Innovationsmanagement ist ein Thema der Zukunft. Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen gibt an, eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu betreiben. Über ein für diesen Zweck eingerichtetes Budget verfügen 16,5 Prozent der Unternehmen. Besonders der industrielle Mittelstand offenbart sich als ein wahrer Produktinnovator. So führen vier von zehn Unternehmen gerade eine Produktneuentwicklung durch. Unternehmen mit den Produktschwerpunkten Elektrotechnik, Chemie, Maschinen- und Fahrzeugtechnik haben einen besonders hohen Anteil an Produktinnovationen.

Typisch für das Innovationsmanagement des Mittelstandes ist weiterhin der Glaube an das eigene Geschäftsmodell. Es hat sich gezeigt, dass der Bruch mit den gewachsenen Strukturen eines Unternehmens sich in der Regel nachteilig auswirkt. Von 200 neuartigen Konzepten zur Unternehmensführung, schafft es gerade einmal eine zum Erfolg. So bestätigten drei von vier

Unternehmen ihr eigenes Modell. Sie ziehen es damit neuartigen Modellen vor, welche oft mit hohen Risiken und unsicheren Erfolgsaussichten behaftet sind.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Zahl der Innovationen mit zunehmender Unternehmensgröße ansteigt. Obwohl kleine Industrieunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten einem geringeren Innovationsdrang ausgesetzt sind, ist auch bei diesen Unternehmen eine rege Innovationstätigkeit festzustellen. Die Anregung für innovative Produkte kommt überwiegend von Kunden und Lieferanten (64,6 Prozent) sowie von der Geschäftsführung (55 Prozent).

Finanzkrise darf keine Innovationskrise folgen

Sollte es zu einer Reduktion der Innovationsbereitschaft in Deutschland kommen, wird der Mittelstand größte Schwierigkeiten haben, den veränderten Wettbewerbsbedingungen nach der Finanzkrise zu begegnen.

Folgende Faktoren gefährden die Fähigkeit in Zukunft Innovationen hervorbringen zu können:

- Zu lange Umsetzungszeiten
- Bürokratie als Innovationsbremse
- Mangel an Fachkräften

Steuerliche Fördermaßnahmen als Anreiz der Forschungsaktivitäten

Im Gegensatz zu anderen Staaten besitzt Deutschland keine Möglichkeiten der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung. Im Wettbewerb um Ideen können diese Finanzspielräume schaffen, welche zu Forschungszwecken verwendet werden. Nach der Befragung des Mittelstandspanels ist erkennbar, dass etwa die Hälfte der Befragten Aktivitäten in Forschung und Entwicklung ausweiten würden, wenn Ausgaben in diesen Bereich auf die eigene Steuerschuld anrechenbar sind. Auch exportorientierte Unternehmen bestätigen: Sieben von zehn der befragten Unternehmen würden mit steuerlicher Förderungen den Bereich der Forschung und Entwicklung ausbauen.

Ansprechpartner:
Josef Düren/Robert Lehmköster
j.dueren@bdi.eu
r.lehmkoester@bdi.eu

Gemeindefinanzreform

Ertragsunabhängige Hinzurechnungen ersetzen

Die leeren Kassen in den Kommunen haben die Diskussion über eine Reform der Gewerbesteuer forciert und eine neue Ausgangslage für die Überlegungen in den politischen Arbeitsgruppen zur Reform der Gewerbesteuer geschaffen. Der erste Blick auf das Aufkommen scheint den erhöhten Handlungsdruck auch zu bestätigen. Denn im Jahr 2009 ist das Aufkommen um rund 21 Prozent zurückgegangen. In der Gesamtschau zeigt sich jedoch ein verändertes Bild. In den Jahren zuvor war das Gewerbesteueraufkommen von 2002 bis 2008 um rund 70 Prozent gestiegen. Gleichwohl zeigt die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinanzien, dass das derzeitige System den Gemeinden keine ausreichend verlässliche Finanzierung bietet und die Gewerbesteuer darüber hinaus erhebliche strukturelle Defizite aufweist.

Strukturelle Defizite der Gewerbesteuer

Im Ergebnis hat sich die Gewerbesteuer zu einer Großbetriebssteuer entwickelt und lastet im Wesentlichen auf wenigen Schultern: Nur etwa ein Prozent der Gewerbebetriebe trägt über 75 Prozent des Aufkommens. Kernproblem des derzeitigen Systems der Kommunalfinanzierung sind jedoch die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen, die durch die Unternehmensteuerreform 2008 deutlich verschärft wurden. Die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen, insbesondere von Zinsaufwendungen und Finanzierungsanteilen, die in Mieten, Pachten und Leasingraten enthalten sind, bergen das hohe Risiko einer systemwidrigen Substanzbesteuerung für die Unternehmen, um vermeintlich zur Aufkommensversteigerung zu führen.

Eine genauere Analyse belegt, dass der ganz überwiegende Teil der ertragsunabhängigen Besteuerung nicht zur Versteigerung des Gewerbesteueraufkommens beiträgt. Vielmehr richtet

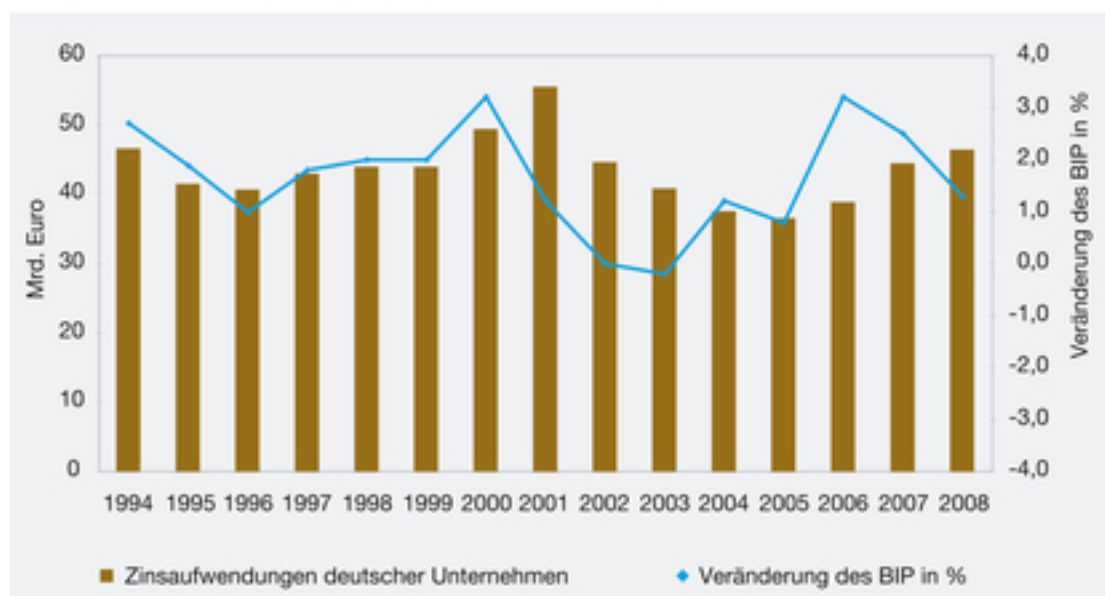
er wirtschaftspolitischen Schaden an, ohne das verfolgte Ziel der Versteigerung zu erreichen. Die Annahme, dass Hinzurechnungsaufwendungen im Konjunkturverlauf antizyklisch steigen, geht fehl. Umfang der Kreditaufnahme und Höhe der Zinsaufwendungen verhalten sich zyklisch. Es zeigt sich anhand der Zinsaufwendungen der Unternehmen, dass das Volumen mit der wirtschaftlichen Abschwächung abnimmt. Verantwortlich für diesen Effekt ist in erster Linie der geringere Finanzierungsbedarf der Unternehmen. Die Statistik der Bundesbank belegt, dass das Ausmaß der Fremdfinanzierung in konjunkturellen Hochphasen größer ist als im Abschwung. Damit ist der größte Teil der ertragsunabhängigen Elemente ebenfalls konjunktur-reagibel. Das ursprüngliche gesetzgeberische Ziel, mit den bestehenden ertragsunabhängigen Hinzurechnungen das Aufkommen aus der Gewerbesteuer zu versteigern, geht nicht auf.

Unternehmensteuerrecht modernisieren

Für die Wirtschaft bedarf es struktureller Änderungen mit dem Ziel der Modernisierung des Unternehmensteuerrechts. Für die Gemeinden stehen die haushaltspolitischen Fragen im Vordergrund, insbesondere die Stabilisierung der Einnahmenseite. Umso mehr ist es steuersystematisch geboten, die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen zu ersetzen.

Ansprechpartner:
Berthold Welling,
b.welling@bdi.eu

Gegenüberstellung von Zinsaufwand und BIP



Bilanzierung

Europäische Bilanzierungsvorschriften vereinfachen

Bilanzierungsvorschriften vereinfachen, um bürokratische Lasten für Mittelständler abzubauen. Das ist das erklärte Ziel der Europäischen Kommission. So hat sie bereits im Jahr 2007 die Überarbeitung der vierten und siebten Richtlinie zur Vereinfachung des Unternehmensumfeldes in Angriff genommen. Die Richtlinien sollen bis 2011 unter Berücksichtigung der Interessen kleiner Unternehmen überarbeitet und modernisiert werden.



Mittelständler von unnötigen Bilanzierungsvorschriften entlasten. Foto: BDI/fotolia (Adam Gryko)

Ziele der Überarbeitung

Nach dem »think-small-first«-Prinzip – an die Kleinen zuerst denken – sollen kleine und mittlere Unternehmen von unnötigen Bilanzierungsvorschriften entlastet werden. Eine grundlegende Überarbeitung in Struktur und Form der Rechnungslegungsrichtlinien, ausgerichtet auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen, wird als Ergebnis einer Konsultation der Europäischen Kommission im Jahr 2009 gefordert.

Konsultation zum IFRS für KMU

Im Juli 2009 hat die Europäische Kommission durch die Veröffentlichung des International Financial Reporting Standards (IFRS) für KMU, die Diskussion über die Überarbeitung des europäischen Bilanzrechts erweitert. Eine weitere Konsultation zur Frage einer möglichen Anwendung des IFRS für KMU in Europa wurde bis zum April 2010 durchgeführt. Die Kommission stellt mit dieser Konsultation die Frage, ob sich der IFRS für KMU eignet, umfassend in Europa angewandt zu werden. Gleichzeitig will die EU zukünftig prinzipienorientierte oder regelbasierte Bilanzierungsrichtlinien einführen.

Ergebnisse der Konsultation

Eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten und deren Interessensgruppen (in 13 Länder) sprechen sich für die weitverbreitete Anwendung des IFRS für KMU in Europa aus. Sie halten insbesondere den Einzelabschluss für geeignet und versprechen sich Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes.

Dagegen steht die Mehrheit der Interessensgruppen in Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich (insgesamt in neun Ländern) dem IFRS für KMU ablehnend gegenüber. Sie wollen diese nicht anwenden, weil sie die steuer- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen nicht schaffen wollen. Außerdem empfinden die Interessensgruppen das Regelwerk der IFRS für KMU als zu komplex. Sie können sich die Anwendung von IFRS für KMU nur für Konzernabschlüsse vorstellen.

Insgesamt befürworten die Mehrheit der Interessensgruppen in 18 Mitgliedstaaten, IFRS für KMU in europäisches Recht (»endorsement«) zu übernehmen. Sie sprechen sich mehrheitlich für ein Mitgliedstaatenwahlrecht aus. Ein Unternehmenswahlrecht erscheint demnach nicht durchsetzbar. Denn die Mitgliedstaaten hätten dann die steuer- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Einzelabschlüsse nach IFRS für KMU zu ermöglichen.

BDI-Position zum IFRS für KMU

Der BDI sieht im Fortbestand der vierten und siebten Richtlinie eine Notwendigkeit für die Fortentwicklung des europäischen Binnenmarktes. Die Entwicklung prinzipienorientierter Bilanzierungsrichtlinien verspricht eine größtmögliche Harmonisierung unter Wahrung der nationalen Rechnungslegungskompetenzen. So können kleine und mittlere Unternehmen von unnötigen europäischen Regelungen entlastet werden und wie im Falle des HGB, die Einheitsbilanz weiter erhalten bleiben.

Gleichzeitig eröffnen prinzipienorientierte Bilanzierungsrichtlinien auch die Möglichkeit einer richtlinienkonformen Anwendung des IFRS für KMU. Dies sollte das Ziel sein. In der Einführung eines Mitgliedstaatenwahlrechts zu Anwendung des IFRS für KMU im Rahmen der Überarbeitung der vierten und siebten Richtlinie sieht der BDI die Möglichkeit, die Interessen der verschiedenen Mitgliedstaaten zu respektieren und zu wahren. Für Deutschland ergäbe sich damit die Möglichkeit, einen freiwilligen aber befreienden Konzernabschluss nach IFRS für KMU einzuführen.

Für die Forderung nach einem eigenständigen europäischen Rechnungslegungsstandard für den Mittelstand sieht der BDI keine ausreichende Basis unter den Mitgliedstaaten. Das Interesse einer Mehrzahl der Mitgliedstaaten am IFRS für KMU sollte akzeptiert werden.

Ansprechpartnerin:
Annette Selter,
a.selter@bdi.eu

Digitale Agenda

Aufbruch in das 21. Jahrhundert

Die Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission Neelie Kroes hat in Brüssel die »Digitale Agenda für Europa« vorgestellt. Die Mitteilung definiert Ziele für eine starke Informationsgesellschaft mit einem nachhaltigen Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Zentrale Themen sind die Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts, die Verbreitung des elektronischen Handels sowie schnelle Internetzugänge und die Stärkung von Sicherheit und Vertrauen.

Zwei Monate nach Verabschiedung der Strategie Europa 2020 wurde mit der Digitalen Agenda die erste von insgesamt sieben Leitinitiativen zur Zukunft der EU vorgestellt. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bietet enorme Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft, erfordert zugleich aber vielfältige Maßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Schwerpunkte für die Informationsgesellschaft

Die Digitale Agenda enthält sieben Aktionsbereiche für eine erfolgreiche Entwicklung der EU in das Digitale Zeitalter. Wesentliche Anliegen, die der BDI in seiner Stellungnahme zur »Post 2010- Strategie« bei der EU-Kommission vorgetragen hatten, wurden berücksichtigt:

Digitaler Binnenmarkt

Der Zugang zu innovativen Diensten im Internet und der Telekommunikation soll europaweit vereinfacht werden. Bislang erschweren rechtliche Hindernisse beim Einkauf von Waren, der elektronischen Bezahlung oder Rechnungsstellung den grenzüberschreitenden Bezug. Um den Erwerb von Kultur- und Unterhaltungsangeboten zu stärken, sollen Fragen der Rechteverwertung und grenzüberschreitenden Lizenzierung geklärt werden.

Spitzenforschung und Standardisierung

Für eine starke industrielle IKT-Basis muss Europa erheblich in Forschungs- und Entwicklungsarbeit (FuE) investieren. Dazu sollen Regionalfondsmittel sowie eine verstärkte EU-Forschungsförderung künftig mehr private Investitionen mobilisieren. Zugleich werden Normung und Interoperabilität von IKT-Produkten und -Diensten forciert.

Sicherheit und Vertrauen

Voraussetzung für die erfolgreiche Verbreitung innovativer IKT-Anwendungen ist das Vertrauen in die Sicherheit. Die Agenda sieht vor, Regelungen des Datenschutzes an die Erfordernisse der Informationsgesellschaft anzupassen. Zugleich sollen Maßnahmen gegen virtuelle Angriffe europaweit ergriffen werden.

Europaweites Highspeed Internet

Der Zugang zu schnellem Internet ist grundlegend für die Teilhabe am Informationszeitalter. Die Agenda zielt auf eine flächendeckende Versorgung mit grundlegenden Breitbandangeboten bis zum Jahre 2013, die bis zum Jahre 2020 für die Hälfte aller Haushalte auf mindestens 100 Megabit/Sekunde

ausgebaut werden sollen. Der BDI fordert hier eine klare Fokussierung auf investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, um einen wirtschaftlichen Ausbau in der Fläche zu ermöglichen.

Digitale Kompetenzen

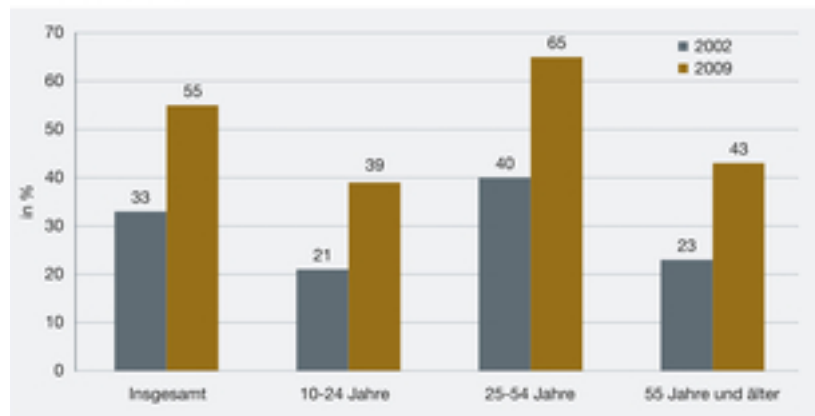
Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von digitalen Kompetenzen und Qualifikationen. Zwar nutzen 50 Prozent der Europäer täglich das Internet, 30 Prozent der Bevölkerung war jedoch noch gar nicht online. Grundlegende Fähigkeit für das Digitalzeitalter sollen deshalb in allen Bevölkerungsteilen gestärkt werden.

Gesellschaftliche Vorteile nutzen

Gestärkt werden sollen auch innovative IKT-Anwendungen für gesellschaftliche Fragen wie Klimawandel und demographische Entwicklung. So ermöglicht die Vernetzung der Energiewirtschaft erhebliche CO₂-Einsparung, etwa durch die Einbindung regenerativer Energiequellen. Im Gesundheitswesen erhöhen IKT-Systeme die Versorgungsqualität und Sicherheit der Patienten und reduzieren zugleich Kosten.

Einkäufe über das Internet durch Privatpersonen

Anteil der Personen, die das Internet im 1. Quartal des Jahres genutzt haben



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten, Personen ab zehn Jahren, die im ersten Quartal des jeweiligen Jahres Online-Einkäufe tätigen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009



Künftige Umsetzung der Strategie

Insgesamt sind in den Gebieten etwa 100 Maßnahmen vorgesehen, von denen zunächst 31 in legislative Akte umgesetzt werden sollen. Der BDI wird die weitere Entwicklung auf europäische Ebene aktiv begleiten und kommentieren. Elemente der Agenda sollen in die Strategie der Bundesregulierung »Deutschland Digital« einfließen, die bis zum Jahresende vorliegen soll.

Die Mitteilung können Sie *hier* abrufen. Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Michael Littger,
m.littger@bdi.eu

Energie

Günstige und zuverlässige Versorgung sicherstellen

Die Energieversorgung muss für den industriellen Mittelstand auch künftig sicher, bezahlbar und umweltfreundlich sein. Dies muss für die Bundesregierung Richtschnur bei der Erstellung des geplanten Energiekonzepts sein. Auch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung bei der Ökosteuer dürfen nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gehen. Die Wettbewerbsfähigkeit des energieintensiven Mittelstands wird zusätzlich von der steigenden Umlage zur Finanzierung der erneuerbaren Energien belastet. Hier muss über eine Ausweitung der Härtefallregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Abhilfe geschaffen werden.

Mit Sparbeschlüssen bei der Ökosteuer nicht Wachstum abwürgen

Die Bundesregierung plant im Rahmen ihres Sparpakets, ein bis 1,5 Milliarden Euro jährlich über die Strom- und Energiesteuer mehr einzunehmen. Dies soll über Änderungen beim Stromsteuer- und beim Energiesteuergesetz erfolgen, unter anderem in Bezug auf den Spitzenausgleich. Für den BDI steht dies nicht zur Disposition: Die deutschen Energie- und insbesondere die Strompreise gehören zu den höchsten der Welt. Die derzeitigen notwendigen Entlastungen bei den Energiesteuern sichern daher die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Eine weitere Erhöhung der Energiepreise wäre dagegen ein Hemmnis für das Wirtschaftswachstum in der Industrie.

Energieintensiven Mittelstand entlasten

Jeder Stromverbraucher in Deutschland bezahlt im Rahmen seiner Stromrechnung pro Kilowattstunde einen Aufschlag, mit dem die Förderung der erneuerbaren Energien finanziert wird. Diese »EEG-Umlage« hat sich bereits von 2009 auf 2010 stark erhöht – auf nun gut zwei Cent pro Kilowattstunde, bei Stromgroßhandelspreisen zwischen 3,5 und sechs Cent pro Kilowattstunde. Sie wird mit dem unverändert starken Ausbau der erneuerbaren Energien auch künftig weiter steigen. Von dieser direkten EEG-Umlage sind rund 560 Unternehmen der energieintensiven Industrie weitgehend befreit, Unternehmen des energieintensiven Mittelstands hingegen erhalten keine Entlastung. Sie sind von den finanziellen Lasten des steigenden Ausbaus der Erneuerbaren daher besonders betroffen. Der BDI fordert dringend, die Entlastung auf den energieintensiven Mittelstand auszudehnen, um diesen im internationalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen.



Deutsche Energiepreise gehören zu den höchsten der Welt. Foto: BDI/fotolia (Andrzej Estko)

Mittelstandsfreundlichkeit des Energiekonzepts einfordern

Der BDI fordert, dass das Energiekonzept der Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland nicht gefährden darf. Dies gilt insbesondere auch für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Um dies zu erreichen, müssen politisch definierte Ziele wie der Klimaschutz kosteneffizient und technologieoffen verfolgt werden, Marktkräfte gestärkt und die Chancen des europäischen Binnenmarktes besser genutzt werden. Ein technologieoffener, breiter und bezahlbarer Energiemix erfordert die immer effizientere Nutzung der fossilen Energien und die Nutzung der davon in Deutschland verfügbaren Ressourcen. Dazu gehören aber auch beispielsweise Ausbau und Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, Kernenergie als Brückentechnologie und langfristig die Entwicklung der Kernfusion.

Hinsichtlich der Energieeffizienz müssen die Effizienzziele realistisch gesetzt werden. In den letzten 20 Jahren betrug die durchschnittliche jährliche Effizienzsteigerung der deutschen Volkswirtschaft 1,7 Prozent. Die deutsche Wirtschaft einschließlich des Mittelstands gehört zu den energieeffizientesten der Welt und setzt international Maßstäbe. Jede weitere Effizienzsteigerung muss für die Unternehmen auch wirtschaftlich sein. Weitere Effizienzsteigerungen können daher nicht auf bürokratischem Wege verordnet, sondern müssen marktwirtschaftlich gestaltet werden. Dabei ist dort anzusetzen, wo die größtmöglichen Effizienzgewinne pro eingesetztem Euro erreichbar sind.

Ansprechpartner:
Dr. Eberhard v. Rottenburg,
e.rottenburg@bdi.eu

Rohstoffe

Rohstoffe für Deutschland sichern

Der Aufwärtstrend bei den Rohstoffpreisen ist ungebrochen, obwohl die Preise einzelner Rohstoffe zuletzt etwas nachgegeben haben. Der Wertverlust des Euro hat die Preisentwicklung für die europäische Industrie noch verstärkt. Bei Stahlrohstoffen gab es infolge der drastischen Preissteigerungen bei Eisenerz einen besonders starken Preisauftrieb.

Rohstoffpreise streben historischen Höchstständen entgegen

Der Preisanstieg bei Rohstoffen setzt sich im Jahr 2010 fort. Seit Beginn des Jahres kletterten die Rohstoffpreise gemessen am Rohstoffpreisindex des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts um rund 20 Prozent. Für die europäische Industrie fielen die Rohstoffpreisanstiege bedingt durch die Abwertung des Euro noch stärker aus. Die Gemeinschaftswährung hat seit Beginn des Jahres gegenüber dem US-Dollar mehr als 15 Prozent ihres Wertes verloren. Bei Metallrohstoffen sind besonders deutliche Preisanstiege zu verzeichnen. Seit ihrem Tiefpunkt Ende 2009 haben einige Metalle schon annähernd wieder ihre historischen Höchststände aus dem Jahr 2008 erreicht.

Drastische Preisanstiege bei Stahlrohstoffen prägen die aktuellen Entwicklungen

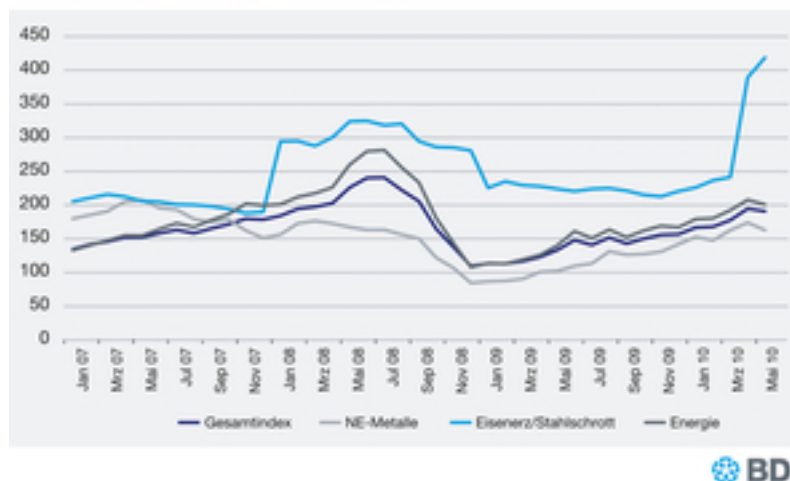
Mit Blick auf die zurückliegenden Monate sticht die Preisentwicklung bei Stahlrohstoffen deutlich hervor: Im April haben die Eisenerzanbieter Preissteigerungen von rund 85 Prozent durchgesetzt. Preisaufläge bei Koks- und Kohle um 55 Prozent kommen hinzu. Vor zwei Jahren gab es bei Stahlrohstoffen Preissteigerungen in ähnlicher Höhe mit dem Unterschied, dass die deutsche Wirtschaft heute am Ende einer tiefen Rezession steht. Bei Eisenerz wird in Folge der Umstellung auf Quartalsverträge, die von den Anbieterunternehmen zusammen mit den jüngsten Preisauflägen durchgesetzt worden ist, eine zunehmende Volatilität der Preise befürchtet. Bei den börsengehandelten Industriemetallen, wie Aluminium, Kupfer, Zink und Nickel, sind seit einigen Jahren bereits zunehmende Schwankungen und Ausschläge der Preise zu beobachten.

Wirtschaftswachstum in Asien ein wesentlicher Faktor des Aufwärtstrends

Die Ursache für die allgemeine Aufwärtsentwicklung der Rohstoffpreise wird in verschiedenen Faktoren gesehen. Ein Grund ist die Wirtschaftsentwicklung in Asien. Die wirtschaftliche Erholung in den asiatischen Ländern hat sich schneller vollzogen als in den anderen Schwellen- und Industrieländern. So hat Indien im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahrsquartal ein

Wachstum von rund acht Prozent verzeichnet, in China waren es sogar zwölf Prozent. Ein zweiter Grund wird in der aufkeimenden wirtschaftlichen Erholung der Industrieländer gesehen. Die Industrieproduktion in Deutschland, Japan und den USA hat zuletzt wieder leicht angezogen. Eine Zunahme von Rohstoffen als Anlageform wird als ein dritter möglicher Grund für den schnellen Wiederanstieg der Rohstoffpreise gesehen. Bereits im Verlauf der letzten Jahre hat der Anteil des Handelsvolumens an den Rohstoff- beziehungsweise Metallbörsen, der institutionellen Anlegern zuzuschreiben ist, deutlich zugenommen.

Preisentwicklung bei Rohstoffen 01/2007–05/2010
HWWI-Preisindizes (2000 = 100)



Versorgungssicherheit bei Rohstoffen

Die aktuellen Entwicklungen auf den internationalen Rohstoffmärkten sind ein wichtiger Bestandteil der Gespräche zwischen BDI und Bundesregierung zur Versorgungssicherheit bei Rohstoffen. Auch in dem laufenden, von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle initiierten Rohstoff-Dialog sind die Preisentwicklung bei Stahlrohstoffen und die zunehmende Preisvolatilität bei anderen industrierelevanten Rohstoffen wichtige Themen, ebenso wie die zunehmenden Handelsbeschränkungen bedeutender Länder bei Rohstoffen. Der BDI hat vor Kurzem ein neues Strategiepapier zur Rohstoffsicherheit präsentiert, das Elemente der in Deutschland und Europa benötigten ganzheitlichen Rohstoffstrategie benennt.

Das Positionspapier finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Wilko Specht,
w.specht@bdi.eu

Elektromobilität

Wichtiger Pfad für nachhaltige Mobilität

Für eine nachhaltige Mobilität brauchen wir das Zusammenspiel aller Lösungen: bedarfsgerechten Infrastrukturausbau, vernetzte Verkehrsträger und Logistikprozesse, intelligente Verkehrssysteme, effiziente Verbrennungsmotoren, Hybridlösungen und alternative Antriebstechnologien sowie Kraftstoffe. Elektromobilität wird dabei vor allem im Straßenverkehr eine wichtige Rolle spielen.

Die deutsche Industrie hat mit ihrer Lösungskompetenz schon große Erfolge für eine effizientere Mobilität erreicht. Ob Schiene, Luftverkehr, Straße mit Automobilen und Nutzfahrzeugen oder moderne Schiffe: Dank Forschung und Entwicklung ist Mobilität heute wesentlich klima- und umweltschonender als noch vor wenigen Jahren. Mit diesem technologischen Know-how kann sich die deutsche Industrie auch künftig eine globale Spitzenposition bei innovativen Antriebstechnologien und alternativen Kraftstoffen sichern.

Nationale Plattform Elektromobilität gestartet

Diese Themen waren auch Schwerpunkte der »Nationalen Konferenz Elektromobilität« am 3. Mai in Berlin. Gemeinsam mit Industrie, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen Gruppen hat die Bundesregierung die »Nationale Plattform Elektromobilität« ins Leben gerufen. Innerhalb der Plattform werden sieben Arbeitsgruppen einem Lenkungskreis unter der Führung von acatech-Präsident Henning Kagermann zu den Themen Antriebstechnologie, Batterietechnik, Infrastruktur, Normung/Zertifizierung, Materialien/Recycling, Qualifizierung/Nachwuchs und Rahmenbedingungen zuarbeiten. Von den fast 150 Mitgliedern stammt der überwiegende Teil aus Industrieunternehmen, darunter mittelständische Firmen und Familienunternehmen. BDI-Präsident Hans-Peter Keitel vertritt zudem branchenübergreifende Fragen im Lenkungskreis.

Mit der Etablierung der Nationalen Plattform hat die Bundesregierung wichtige Weichen gestellt, damit Deutschland bei Elektromobilität eine Führungsrolle übernehmen kann. Sie will Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität machen und dafür bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen bringen. Genauso entscheidend für unsere exportorientierte Wirtschaft ist es aber auch, Leitanbieter innovativer Technologien zu sein. BDI-Präsident Hans-Peter Keitel unterstrich auf der Konferenz: »Nur im engen Miteinander von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind diese gigantischen Herausforderungen zu bewältigen.«

BDI-Position zu innovativen Antriebstechnologien

Diese Herausforderungen und zugleich die Chancen innovativer Antriebstechnologien für den Straßenverkehr hat der BDI in seinem Positionspapier vom Februar 2010 skizziert. Ziel muss

sein, Spitzentechnologie und Produktion in Deutschland zu stärken. Maßstab ist der internationale Wettbewerb, der rasches Agieren erfordert. Eine große Stärke Deutschlands liegt in der



Die deutsche Industrie will und kann Leitanbieter für Elektromobilität sein.

Vernetzung beteiligter Branchen wie Automobil, Maschinen- und Anlagenbau, Energieversorgung, Chemie und Gase, Elektroindustrie, Informations- und Kommunikationstechnik und Metallindustrie.

Elektromobilität bedarf richtiger Rahmenbedingungen und Impulse durch die Politik – national wie europäisch. Deutschland braucht eine kraftvolle, technologie neutrale Förderung von Forschung und Entwicklung, das heißt das 500 Millionen-Euro-Programm der Bundesregierung muss fortgesetzt und die steuerliche Forschungsförderung eingeführt werden. Außerdem müssen die erforderlichen Infrastrukturen implementiert, die acht Modellregionen sowie gemeinsame Normen und Standards vorgebracht werden.

Mit einer Mitteilung vom 28. April 2010 zu einer europäischen Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge geht auch die EU-Kommission einen ersten wichtigen Schritt für einen europäischen Rahmen. Aus Sicht des BDI gilt es vor allem, die Prozesse der Normung und Zertifizierung politisch zu flankieren, nationale Aktivitäten mit EU-Programmen zu verzahnen und ein gemeinsames Vorgehen bei Rohstofffragen zu vereinbaren.

Das BDI-Positionspapier und weiterführende Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:
Petra Richter,
p.richter@bdi.eu

Corporate Social Responsibility

Für Familienunternehmen gehört gesellschaftliche Verantwortung mit zum Geschäft

Familienunternehmern übernehmen gesellschaftliche Verantwortung. Wie wichtig ihnen das Thema »Corporate Social Responsibility (CSR)« ist, zeigte sich auf dem BDI Forum Familienunternehmen am 19. und 20. Mai 2010 im Haus Würth in Berlin.

Zum Thema »Corporate Social Responsibility – mehr in Familienunternehmen als in Aktiengesellschaften« diskutierte ein handverlesener Teilnehmerkreis von Familienunternehmern und ausgewählten externen Gästen. Für Michael Stoschek, dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung von Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG, gehört das gesellschaftliche Engagement »selbstverständlich« dazu. Auch international müsse CSR in Unternehmen umgesetzt werden, sagte Joachim Löchte, Leiter Umweltschutz/CR bei der RWE AG.

CSR schafft mehr Zufriedenheit unter den Mitarbeitern

In einem Punkt waren sich alle Teilnehmer einig: Für Familienunternehmer ist soziales Engagement selbstverständlich. Es gehört zum täglichen Geschäft dazu. Es wird zu einer Art Automatismus durch die lokale Gebundenheit. Die Unternehmer beziehen soziale Aspekte, wie die Einrichtung eines Kindergartens, in ihre Entscheidungen mit ein. Dies leistet einen wichtigen Beitrag für die Zufriedenheit der Mitarbeiter. Auch für Aktiengesellschaften wird das Engagement im Bereich Corporate Social Responsibility immer wichtiger. Die Gesellschaft erwartet auch gesellschaftliches Engagement von ihnen.

CSR ist als ein wesentlicher Beitrag der Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Handlungsfeldern Markt, Umwelt, Arbeitsplatz und Gemeinwesen zu verstehen. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine nachhaltige Entwicklung in diesen Feldern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und stellt Anforderungen an das Verhalten aller gesellschaftlichen Gruppen. Vor diesem Hintergrund beziehen die Unternehmen interne und externe Stakeholder in die strategische Ausrichtung ihrer vielfältigen CSR-Aktivitäten mit ein. Dies sind zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Interessenvertretung, Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie staatliche Institutionen.

CSR unterstützt positives Unternehmerbild

Strategisch angelegte CSR wird zunehmend zu einem Wettbewerbsfaktor. Dabei ist die Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit von CSR für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Investoren besonders entscheidend. Gleichzeitig stärkt CSR den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft. Sie leistet einen Beitrag zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung.

Die Stärkung des Gemeinwesens durch regionales und lokales Engagement der Unternehmen ist ein Teil von CSR. Das Engagement von Familienunternehmen hat einen wesentlichen Einfluss auf ein positives Unternehmerbild und fördert die Akzeptanz der Wirtschaft in der Gesellschaft. Die gesellschaftliche

Verantwortung von Familienunternehmen hat in Deutschland Tradition.

Sozial- und Umweltbelange, die anderenorts als CSR-Aktivitäten von Unternehmen herausgestellt werden, sind in Deutschland oft auf einem hohen Niveau gesetzlich geregelt. Darüber hinaus gelten international vereinbarte Leitlinien – wie die dreigliedrige Grundsatzklärung über Multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO, die Leitsätze für multinationale Unternehmen der OECD und der Global Compact der Vereinten Nationen aber auch internationale Umweltnormen – als Maßstab beziehungsweise Verpflichtung.

Die Wahrnehmung von CSR vor dem Hintergrund unseres sozialstaatlichen Rahmens und internationaler Verpflichtungen ist daher auch wichtig für die Positionierung deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Corporate Social Responsibility (CSR)

Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. CSR steht für eine nachhaltige Unternehmensführung im Kerngeschäft, die in der Geschäftsstrategie des Unternehmens verankert ist. CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig.

Unternehmen nehmen gesellschaftliche Verantwortung wahr, indem sie insbesondere:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair behandeln, fördern und beteiligen, mit natürlichen Ressourcen schonend und effizient umgehen, darauf achten,
- in der Wertschöpfungskette – in ihrem Einflussbereich – sozial und ökologisch verantwortungsvoll zu produzieren,
- Menschenrechte und die ILO-Kernarbeitsnormen wahren und einen Beitrag leisten,
- sie international durchzusetzen,
- einen positiven Beitrag für das Gemeinwesen leisten,
- verstärkt in Bildung investieren,
- kulturelle Vielfalt und Toleranz innerhalb des Betriebes fördern,
- für einen fairen Wettbewerb eintreten,
- Maßnahmen zur Korruptionsprävention fördern,
- Transparenz hinsichtlich ihrer Unternehmensführung herstellen,
- Verbraucherrechte und Verbraucherinteressen achten.

Ansprechpartnerin:
Inga Stein-Barthelmes,
i.stein-barthelmes@bdi.eu

Außenwirtschafts-Report

Acht Prozent Exportwachstum sind möglich

In der zweiten Jahreshälfte 2009 konnten sich die deutschen Exporte mit einem Wachstum von 6,5 Prozent gegenüber dem schwachen ersten Halbjahr wieder deutlich erholen. Dieser Prozess hat sich im ersten Quartal 2010 mit einem Exportwachstum von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal wieder etwas abgeschwächt. Der Rückgang von 5,9 Prozent im April zeigt erneut, in welchem volatilum Umfeld sich zurzeit die Exporte entwickeln. Die meisten Marktbeobachter gehen trotz der April-Zahlen von einem weiteren Aufwärtstrend bei den Exporten aus.

Auch die Auslandsaufträge deuten auf eine weitere Erholung der Exporte hin. Die Auftragslage hat sich seit Dezember auch dank der steigenden Nachfrage aus Nicht-EU-Ländern kontinuierlich verbessert. Im April lagen die Auslandsorders mit 98 Prozent fast wieder auf dem Niveau von September 2008. Insbesondere wegen der positiven Erwartungen der Chemie- und Elektroindustrie können die Gesamtexporte im Jahr 2010 um bis zu acht Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen. Voraussetzung dafür ist, dass die positive Entwicklung der Weltwirtschaft keinen deutlichen Rückschlag erleidet.

Exportwachstum mit Risiken behaftet

Die deutschen Exporte sind weiterhin mit einer Reihe von bekannten Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören die Zunahme protektionistischer Maßnahmen, das Auslaufen der weltweiten Konjunkturprogramme und die Sorge vor einer zu starken Drosselung des weltweiten Wachstums im Rahmen der Konsolidierung der staatlichen und privaten Haushalte. Die jüngsten Entwicklungen in Europa – zum Beispiel in Griechenland – und auf den Weltmärkten könnten die Exporte zusätzlich belasten.

Auch deshalb kommt es jetzt entscheidend darauf an, die Weichen für die Weltwirtschaft richtig zu stellen. Konkret müssen folgende Punkte angegangen werden: Die Risiken, die sich durch die vergangenen Turbulenzen auf den Finanzmärkten ergeben haben, müssen dringend eingedämmt werden. Damit die Regierungen wieder Handlungsspielraum auch für wirtschaftspolitische Aufgaben erhalten, muss außerdem die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückgefahren werden. Gleichzeitig müssen die Konsolidierungsstrategien so entwickelt werden, dass sie den anspringenden Wachstumsmotor nicht wieder abwürgen. Außerdem ist die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft darauf angewiesen, dass die globale Handels- und Investitionsfreiheit weiter ausgebaut wird. Gegen offene und versteckte protektionistische Maßnahmen muss entschieden vorgegangen werden.

Weiterhin wird es für die deutsche Industrie angesichts steigender Rohstoffpreise und des fallenden Euros zunehmend proble-

matischer, Rohstoffe zu importieren. Die Bedingungen für einen fairen Wettbewerb auf den Rohstoffmärkten müssen deshalb weltweit verbessert werden.

Herausforderung für den Mittelstand: Neue Märkte

Eine besondere Herausforderung für den deutschen Mittelstand wird in den nächsten Jahren darin bestehen, sich noch stärker auf die neuen Wachstumsmärkte auszurichten. Denn die Weltwirtschaft nimmt zurzeit insbesondere in den Schwellenländern Asiens an Fahrt auf. Dorthin gehen allerdings erst rund elf Prozent der deutschen Exporte – noch zu wenig, um einen durchschlagenden Effekt auf die Gesamtexporte zu haben. Rund zwei Drittel der deutschen Exporte gehen nach wie vor in die Länder Europas mit einem prognostizierten Wachstum von knapp einem Prozent. Auch die Länder Mittel- und Osteuropas, die in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung für die Exporte gewonnen haben – zehn Prozent der deutschen Exporte im Jahr 2009 – weisen für dieses und nächstes Jahr keine hohen Wachstumsraten auf. Vom Aufschwung in Asien werden also in Deutschland vor allem die Branchen profitieren, die schon jetzt verhältnismäßig viele Güter dorthin liefern, etwa der Maschinenbau sowie die Elektro- und Chemieindustrie.

Den vollständigen BDI-Außenwirtschafts-Report finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Christoph Sprich,
c.sprich@bdi.eu

Deutsch-Kroatisches Wirtschaftsforum

Wirtschaft unterstützt kroatische EU-Ambitionen

Rund 350 Teilnehmer aus Kroatien und Deutschland trafen sich am 15. und 16. Juni auf Initiative des Ost-Ausschusses zum Deutsch-Kroatischen Wirtschaftsforum in Zagreb und machten die Veranstaltung zum größten Treffen von Unternehmen beider Länder seit der Unabhängigkeit Kroatiens 1991. Überraschungsgast war der kroatische Bayern-Stürmer Ivica Olić, der für seine Verdienste um die deutsch-kroatische Freundschaft geehrt wurde.

Kroatien befindet sich am Vorabend des Beitritts zur EU. Nur noch drei von insgesamt 35 Kapiteln müssen in den Verhandlungen mit der EU-Kommission neu eröffnet werden. Der Ball liegt also quasi auf dem Elfmeterpunkt und muss nur noch verwandelt werden, um den Aufstieg des Landes in die europäische Champions League perfekt zu machen. Angesichts der zeitgleich stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft lagen beim Deutsch-Kroatischen Wirtschaftsforum derartige Vergleiche nahe. Wobei sich Deutsche und Kroaten nicht etwa als Gegner gegenüberstanden, sondern gemeinsam Tore in Form von bilateralen Projekten schossen. So kam es zur Unterzeichnung von Verträgen über zwei Globaldarlehen mit einem Volumen von 50 Millionen Euro, die die deutsche KfW der kroatischen Förderbank HBOR zur Verfügung stellt, um zinsgünstige Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen auszureichen.

Investitionen werden geschützt

Der kroatische Premierministerin Jadranka Kosor eröffnete das Wirtschaftsforum am 15. Juni. Er zeigte sich zuversichtlich, den technischen Teil der EU-Beitrittsgespräche bis Ende dieses Jahres abschließen zu können. Eine wichtige Hürde war kurz vor Beginn des Forums genommen worden: In einem Referendum hatten sich die Slowenen mehrheitlich für einen Kompromiss im Grenzstreit mit Kroatien um die Bucht von Piran ausgesprochen. Die Regierungschefin kündigte weitere Anstrengungen im Justizwesen an: »Ein kompromissloser Kampf gegen Korruption ist ein wesentlicher Hebel für die Stärkung der Wirtschaft. Bei der Bekämpfung der Kriminalität haben wir gute Resultate erzielt.« Deutschen Investoren versprach Kosor bestmögliche Bedingungen: »Investitionen werden geschützt vor jeglicher politischen Willkür und irgendwelchen Interesseneinflüssen.«

Veranstaltet wurde das Wirtschaftsforum durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsch-kroatische Industrie- und Handelskammer (DKIHK) sowie die diplomatischen Vertretungen Deutschlands und Kroatiens. 2009 war krisenbedingt das Handelsvolumen um 21 Prozent zurückgegangen. Deutschland hatte dabei Waren im Wert von 2,2 Milliarden Euro an Kroatien geliefert und Waren im Wert von 656 Millionen Euro bezogen. Im Jahr 2009 stand Deutschland unter den Hauptlieferanten von Kroatien mit einem Anteil von 13,5 Prozent an

zweiter Stelle hinter Italien. Bislang haben deutsche Unternehmen 2,2 Milliarden Euro direkt in die kroatische Wirtschaft investiert. Damit liegt Deutschland in dieser Tabelle an dritter Stelle hinter Österreich und den Niederlanden. »Wie beim Fußball will jeder auf den ersten Platz«, ermutigte Ost-Ausschuss-Vorsitzender Klaus Mangold die deutschen Unternehmen zu weiteren Anstrengungen. Mangold betonte den Wunsch der deutschen Wirtschaft nach einem schnellstmöglichen EU-Beitritt Kroatiens. »Die Diskussion, ob angesichts der finanziellen Schwierigkeiten im Euroraum ein Beitritt Kroatiens opportun sei, halten wir für völlig verfehlt.« Kroatien sei auf einem exzellenten Kurs.



Kampf gegen Korruption stärkt Wirtschaft. Foto: BDI/fotolia (Liane M)

Sechs Branchenthemen im Mittelpunkt

Neben Tourismus sowie Agrar- und Ernährungswirtschaft standen die Themen Energie, Handel, Industrie und Infrastruktur auf dem Programm des Wirtschaftsforums. Tomislav Mihotic, kroatischer Staatssekretär für Infrastruktur, räumte ein, dass die kroatische Regierung eine neue Verkehrsstrategie erarbeiten müsse und dazu Hilfe aus Deutschland sehr willkommen sei: »Der Ausbau von Autobahnen ist eine Erfolgsgeschichte. Die anderen Infrastrukturbereiche haben aber starken Nachholbedarf.« Von besonderem Interesse für die deutsch-kroatische Zusammenarbeit ist auch der Energie-Bereich. Kroatien gehört zu den wasserreichsten Ländern Europas, die Nutzung der Wasserkraft soll weiter ausgebaut werden. Durch die lange Küste ergibt sich auch für die Windkraft ein großes Potenzial.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner:
Andreas Metz,
a. metz@bdi.eu

Insolvenzrechtsreform

Einfache und schnelle Abläufe ermöglichen

Auf Basis der Insolvenzstatistik in Nordrhein-Westfalen ermittelte das Institut für Mittelstandsforschung (ifm) Bonn erstmalig Zahlen zu Beendigungen und Schlussverteilungen sowie zur Dauer von Insolvenzverfahren. Ein zentrales Ergebnis: Bezogen auf die Gesamtzahl der Insolvenzfälle jeder Unternehmensgröße wurden schätzungsweise knapp zehn Prozent aller Unternehmen (teilweise) erhalten. Die Fortführungschancen bestehen hierbei in allen Rechtsformen.

Mit der Reform des Insolvenzrechts von 1999 verfolgte der Gesetzgeber das Ziel, mehr Verfahrenseröffnungen, eine höhere Befriedigungsquote für nicht bevorrechtigte Forderungen und mehr marktgerechte Unternehmensfortführungen zu erreichen. Da die Bundesregierung derzeit eine Reform des Insolvenzrechts vorbereitet, die unter anderem die Restrukturierung sanierungsfähiger Unternehmen erleichtern soll, spielt die Studie auch in der rechtspolitischen Diskussion eine Rolle. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) haben hierzu bereits im März ein gemeinsames Positionspapier mit Vorschlägen für eine Verbesserung des Insolvenzrechts vorgelegt.

Die Reform des Insolvenzverfahrens 1999

Als ursprüngliche Form der Unternehmenssanierung versucht die übertragende Sanierung durch die Trennung und den Verkauf von Vermögensbeständen, welche zur Fortführung dienen, den Fortbestand des Unternehmens zu sichern.

Im Zuge der Insolvenzrechtsreform von 1999 wurde das Insolvenzplanverfahren eingeführt, welches Schuldner und Gläubigern eine einzelfallbezogene, flexible und wirtschaftlich möglichst effektive Abwicklung einer Insolvenz ermöglichen soll. Über die Verwertungsform stimmen die am Plan beteiligten Gläubigergruppen ab. Über die Ausgestaltung des Inhalts herrscht weitgehende Gestaltungsfreiheit vor. Das Hauptziel ist die Unternehmenssanierung und die Sicherung des Rechtsträgers.

Die Folgen der Reform des Insolvenzrechts

Bezogen auf die Gesamtzahl der Insolvenzfälle jeder Unternehmensgröße wurden schätzungsweise knapp zehn Prozent aller Unternehmen (teilweise) erhalten. Die Fortführungschancen bestehen hierbei in allen Rechtsformen. Die Zahl der Eigensanierungen stieg seit der Insolvenzrechtsreform an. Es zeigte sich zudem, dass eine Fortführung erleichtert wird, wenn das Betriebsvermögen nicht völlig aufgezehrt ist. Hohe Forderungen der Gläubiger verhinderten die Eigensanierung nicht.

Im Falle von Unternehmensauflösungen wurden vier Prozent der offenen unbesicherten Forderungen in den vergangenen Jahren getilgt. Höhere Quoten erreichten Insolvenzplanverfahren, da in diesen Fällen die Masse durch die Betriebsfort-

führung angereichert wurde. Fortführungsbemühungen der Insolvenzverwalter waren mit finanziellen Mehrkosten verbunden. Jedoch liegt die damit verbundene Mehrbelastung unter dem Zuwachs der Masse.

Die übertragenden Sanierungen in NRW konnten 84 Prozent, und im Falle der insolvenzplanbasierten Eigensanierung 91 Prozent der Arbeitsplätze sichern. Auch bundesweit ist ein höherer Arbeitsplatzertand bei Insolvenzplanverfahren (50 bis 60 Prozent) zu beobachten.

Empfehlungen für künftige Reformen

Die ifm-Studie empfiehlt, in Zukunft die Anreize einer früheren Antragsstellung auszubauen. Zum jetzigen Zeitpunkt wird die Sanktionierung für verspätete Anträge noch als schwächer wahrgenommen als die Angst um die Folgen einer Insolvenz. Außerdem sollten die Aussichten der Unternehmenssanierung für den Schuldner besser vorhersehbar sein als bisher. Um eine Verfahrensbeschleunigung zu bewirken, bedarf es weiterer rechtlicher Änderungen und einer Qualitätsinitiative bezüglich der Verfahrensführung. In diese Richtung zielen auch die Forderungen, die BDI und BDA im März 2010 anlässlich der im Koalitionsvertrag angekündigten Reform des Insolvenzrechts formuliert haben. Unter anderem muss das Insolvenzplanverfahren durch eine Stärkung der Eigenverwaltung, verbesserte Maßnahmen gegen Störerstrategien und einen erleichterten Eingriff in Altgesellschafterrechte flexibilisiert werden.

Die Regeln zur Auswahl der Insolvenzverwalter müssen einheitlich und objektiv gesetzlich vorgegeben werden. Unterschiedliche Befähigungen, Erfahrungen und Ressourcen der Insolvenzverwalter müssen bei ihrer Auswahl berücksichtigt werden können. Weitere Vorschläge betreffen unter anderem die Insolvenzfestigkeit von Lizenzen, die Begrenzung der Einstandspflicht des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSV) und den Ausschluss der Beitragszahlungen an die Sozialversicherung von der Insolvenzanfechtung.

Die Studie zur Untersuchung der Unternehmensfortführung in Insolvenzverfahren basiert auf der Untersuchung von Gerichtsakten von Unternehmen mit sechs oder mehr Beschäftigten. Die Akten stammen von zehn der 19 Insolvenzgerichte aus verschiedenen Regionen in NRW. Von den landesweit 523 abgeschlossenen Verfahren in dieser Unternehmensgröße wurden 228 Akten untersucht. In 40 Prozent der Fälle waren die Unternehmen bereits zu Antragsbeginn geschlossen. Unter den aktiven Unternehmen wurden einige noch zur Abarbeitung von Aufträgen fortgeführt, dann aber zu 70 Prozent mit Eröffnungstermin stillgelegt.

Ansprechpartner:
Dr. Heiko Willems
h.willems@bdi.eu

Zukunftstrends für den Mittelstand

Mit Innovationen Wachstumschancen nutzen

Zum zehnten Mal haben im Juni dieses Jahres der Bundesverband der Deutschen Industrie und die IKB ein Unternehmerforum im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe »Zukunftstrends für den Mittelstand« durchgeführt. Das Thema lautete diesmal: »Mit Innovationen Wachstumschancen nutzen«. Vor etwa 130 Teilnehmern erläuterten renommierte Unternehmerpersönlichkeiten ihre Innovationsstrategien und zeigten auf, wie ein erfolgreiches Innovationsmanagement gestaltet werden kann. Die geladenen Referenten verdeutlichten hierbei die Vielschichtigkeit des Begriffes Innovation.

Eckpunkte eines erfolgreichen Innovationsmanagements

Um neue Felder für mögliche Innovationen zu identifizieren, wurde sowohl ein Literatur- und Patentrecherchen umfassender Suchprozess als auch die enge Rücksprache mit Kunden oder Mitarbeitern propagiert. Allgemein anerkannt sind eine klare Strukturierung und Steuerung des Innovationsprozesses, die als wesentlich für den Erfolg von Forschungs- und Entwicklungsprojekten angesehen werden. Hierzu bietet sich zum Beispiel ein Phasenmodell an, wie es von Gunther Kegel, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Pepperl+Fuchs GmbH, vorgestellt wurde.

Zunehmende Internationalisierung der Innovationsaktivitäten

Die fortschreitende Auslandsorientierung der Unternehmen führt auch zu einer wachsenden Internationalisierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Hans-Julius Ahlmann, Geschäftsführender Gesellschafter der ACO Severin Ahlmann GmbH & Co. KG, präferiert in seinem Unternehmen ganz bewusst eine dezentrale FuE-Ausrichtung, da für ihn die Nähe zu den regionalen Märkten sehr wichtig ist. Auch Andreas Barner, Sprecher der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim GmbH, hält FuE-Aktivitäten im Ausland für unverzichtbar. Trotz Auslandsorientierung ist der FuE-Standort Deutschland mit seinem hohen Qualitätsniveau der hiesigen Fachkräfte und dem breit angelegtem industriellen Know-how nach wie vor erste Wahl.

Finanzierungsaspekte

Die Finanzierung von Innovationen ist für die Unternehmen ein zentrales Thema. Generell sind Innovationen, darauf verwies IKB-Vorstandsvorsitzender Hans Jörg Schüttler, Vorsitzender des Vorstands der IKB Deutsche Industriebank AG, in aller Regel mit höheren Risiken verbunden als »normale« Investitionen. Daher ist es wichtig, den Kapitalmarkt stärker für nicht börsnotierte Unternehmen zu erschließen.

Bündelung der Innovationskräfte: FuE-Kooperationen, Netzwerke, Cluster

In mehreren Vorträgen wurde auf die zunehmende Bedeutung von Kooperationen für die Innovationsfähigkeit der Unterneh-



Das Podium des Forums (v.l.n.r.): Hans Jörg Schüttler, Prof. Dr. Dr. Andreas Barner, Dr.-Ing. Gunther Kegel, Helmut Kostal, Dr. Kurt Demmer (Moderation) und Hans-Julius Ahlmann

men hingewiesen. Besondere Innovationsimpulse gehen von Innovationsclustern aus, von denen bisher zehn Netzwerke als Spitzencluster ausgezeichnet wurden. Hier ist nicht zuletzt eine branchenübergreifende Zusammenarbeit gefragt, in der jeder Partner seine Kompetenzen und sein Know-how einbringt. Erforderlich sei allerdings, so Kegel, eine genaue Abgrenzung, was den Umgang mit geistigem Eigentum betrifft.

Handlungsbedarf bei den Rahmenbedingungen

Inwieweit die Unternehmen Innovationen erfolgreich auf den Weg bringen, hängt auch von den Rahmenbedingungen ab. Die Podiumsredner stellten eine Reihe von Feldern Handlungsbedarf fest, etwa im Bereich der Bildung. Vor allem dem Mangel an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern muss durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden. Dringend mahnt zudem die Wirtschaft, wie Barner in seinem Schlusswort, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung an, wie sie in den meisten anderen Industrieländern bereits existiert

Ausblick: Wie innovationsstark ist Deutschland im Jahr 2020?

Die Perspektiven für die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft sind günstig – darin stimmten alle Podiumsredner überein. Bei wichtigen globalen Megatrends sind die deutschen Anbieter gut positioniert. Als wesentliche Vorteile werden die zunehmend enge Vernetzung der Unternehmen, auch über Branchengrenzen hinaus, und das breite Spektrum industrieller Kompetenzen gesehen, das anderswo in dieser Dichte kaum vorhanden ist. Um die Innovationskraft langfristig zu erhalten, sei es allerdings von großer Bedeutung, dass auch die industrielle Produktion am Standort Deutschland erhalten bleibe.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie *hier*. Eine Broschüre zum Thema Innovationen erhalten Sie *hier*.

Gastautor:
Dr. Günter Kann,
Guenther.Kann@ikb.de

Spezial

Drei Fragen an Sabine Herold

DELO

DELO Industrie Klebstoffe GmbH & Co. KGaA ist Hersteller maßgeschneiderter High-Tech-Klebstoffe. Mit 230 Mitarbeitern erwirtschaftet das Unternehmen einen Umsatz von 30 Millionen Euro bei einem Exportanteil von 55 Prozent. Asien stellt den wesentlichen Absatzmarkt außerhalb Deutschlands dar. In China, Taiwan, Singapur und USA ist DELO mit eigenen Repräsentanzen vertreten. Bei Smart Card Modulen hat DELO einen Weltmarktanteil von 80 Prozent und in jedem zweiten Mobiltelefon weltweit steckt DELO-Klebstoff. Sabine Herold ist geschäftsführende Gesellschafterin von DELO.

1. Wo steht Ihr Unternehmen heute und wo wollen Sie es in zwei Jahren sehen?

Durch das Besetzen innovativer Nischen hat sich DELO als Hersteller maßgeschneiderter Industrieklebstoffe in unterschiedlichen Marktsegmenten als Weltmarktführer erfolgreich positioniert. Fast jeder hat bereits heute mit DELO-Klebstoffen verarbeitete Gegenstände: Sie finden sich beispielsweise in Kreditkarten oder Mobiltelefonen – nur fehlt noch das Label »-DELO Inside«. Selbst in der Wirtschaftskrise sind unsere Umsätze stabil geblieben und wir konnten sogar ohne Kurzarbeit alle Mitarbeiter halten. DELO setzt konsequent auf Innovationen in Wachstumsbranchen wie etwa der Display-, RFID- und Solarindustrie. Dabei ist uns solides langfristiges Wachstum wichtiger als schneller Erfolg. Dennoch haben wir ehrgeizige Ziele und rechnen in Zukunft mit einem Umsatzwachstum von etwa 15 Prozent pro Jahr.

2. Angenommen Sie treffen die Bundeskanzlerin. Mit welchen Argumenten tragen Sie Ihre wichtigsten wirtschaftspolitischen Anliegen vor?

Ich kämpfe intensiv für eine steuerliche Forschungsförderung, da gerade kleine und mittlere Unternehmen ohne bürokratischen Aufwand davon profitieren und dadurch mehr in Forschung investieren könnten. Nur so kann Deutschland langfristig auch international wettbewerbsfähig bleiben. DELO wendet zehn Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung auf und macht 30 Prozent des Umsatzes mit Produkten, die jünger als drei Jahre sind. Eine steuerliche Forschungsförderung würde DELO definitiv nutzen, um noch stärker in Forschungsaktivitäten zu investieren.

3. Warum sind Sie gerne Unternehmerin?

Bei aller Belastung empfinde ich es als Privileg, DELO gemeinsam mit meinem Mann führen zu dürfen. Als Eigentümer sind uns kurzfristige Quartalszahlen weniger wichtig und wir können unsere Entscheidungen unabhängig treffen – diese Freiheit haben angestellte Manager in der Regel nicht. Darüber hinaus



Sabine Herold, geschäftsführende Gesellschafterin von DELO

ist die Klebstoffbranche ein äußerst spannendes, hochinnovatives Feld: Man bekommt Einblick in sämtliche Branchen, da unsere High-Tech-Klebstoffe sehr unterschiedlich eingesetzt werden: Von Elektronik, Feinmechanik, Solar und Optik bis hin zum Designbereich. Langweilig wird es also garantiert nie.

Nach ihrem Studium des Chemie-Ingenieurwesens an der Universität Erlangen/Nürnberg stieg Sabine Herold 1989 bei DELO Industrie Klebstoffe zunächst als Anwendungsingenieurin ein. Hier war sie in verschiedenen Positionen, unter anderem als Leiterin Marketing/Vertrieb sowie Mitglied der Geschäftsleitung tätig, bis sie 1997 das Unternehmen gemeinsam mit Ehemann Wolf-Dietrich Herold im Zuge eines Management-Buy-Outs übernahm. Sie ist Mitglied im Mittelstandsbeirat des Bundeswirtschaftsministers sowie als Vorstandsmitglied des Mittelstandsausschusses im BDI.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.